

abends

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion:
Dresden, N. 16, Holbeinstraße 67
Fernsprecher 21366
Postfachkonto Leipzig Nr. 14777

Wegpreis:
Ausgabe A mit Illustr. Beilage literarisch
2,50 M. In Dresden und ganz Deutsch-
land frei Haus 3,50 M. in Oesterreich
3,40 K.
Ausgabe B literarisch 2,50 M. In
Dresden und ganz Deutschland frei Haus
3,-- M. in Oesterreich 3,50 K.
Wegpreis Nummer 10 J.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen
Wochentagen nachmittags.

Mitteilungen:
Annahme von Geschäftsanteilen bis 10 Uhr,
von Familienanteilen bis 11 Uhr vorm.
Preis für die Zeitungsbeilage 40 J. im West-
teil 1 M. Familien-Anteiligen 90 J.
Für unbedeutend geliebte, sowie durch Be-
sitzer aufgegebenen Manuskripten können wir bei
Verantwortlichkeit für die Wichtigkeit des Materi-
als nicht übernehmen.
Correspondenz der Redaktion:
11-12 Uhr vormittags.

Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen.

Dogan der Zentrumspartei.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feiertagsabends. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Kulturbarbarei.

Der Sozialist Müller-Leipzig hat am letzten Donnerstag den Satz gelassen ausgesprochen: „Eben weil wir die Religion als Privatsache betrachten, bekümmern wir uns nicht um die religiösen Bedürfnisse unserer Anhänger.“ Es braucht heute nicht nachgewiesen zu werden, wie sehr die Sozialdemokratie sich um die Religion bekümmert und wir müssen den Vorführern der Sozialdemokratie in der Volkstammer den Vorwurf machen, daß sie entweder ihre eigene sozialistische Literatur und Weltanschauung nicht kennen oder nicht kennen wollen. Das letztere wird das richtige sein. Denn dieser ganze Antrag des Gesetzgebungs-ausschusses befaßt ja schon, wie sehr sich tatsächlich die Sozialdemokratie um die Religion bekümmert und das war ja das Charakteristische an der Revolution, daß sich die ersten Handlungen der kultusministeriellen „Vollstbeauftragten“ sowohl in Preußen und Bayern wie in Sachsen gegen die Religion richteten. Es gehört daher ein gewisser Mut dazu, heute sich im Parlament hinzustellen und einen Satz zu sprechen von dem Güte des oben Angeführten. Ganz abgesehen von dem neuesten Badener Fall, wo ein Sozialdemokrat den Versuch auf Ausschaltung der Religion aus dem Parteiprogramm mit seinem Mandate hüben mußte. Mit Recht ist von anderer Seite in der Volkstammer gesagt worden, daß die christliche Religion eine Gemeinschaftssache ist, und die Eltern empfinden es als einen Mangel, wenn die Kinder nicht der Religion zugeführt werden können.

Aber auch sonst zeigt sich auf Schritt und Tritt der Satz der Sozialdemokratie gegen das Christentum im allgemeinen und gegen die katholische Kirche im besonderen. Es ist uns vor einigen Tagen die in Chemnitz erscheinende sozialdemokratische „Volkstimme“ (Nr. 121) zugestellt worden, die weder mehr als deutlich dardut. Eine solche Anballung von Satz und von Beschimpfungen wie in dieser Nummer ist uns allerdings schon längere Zeit nicht mehr vor Augen gekommen. Die Vorgänge im Rheinland geben — ganz unbedeutenderweise — dort einem — für den wir wirklich keinen parlamentarischen Ausdruck finden — Veranlassung, den Katholizismus und die katholische Kirche in unglaublicher Weise zu bejudeeln. Wir wollen daraus eine Blütenlese folgen lassen:

„... Wo irgend ein kapitalistisches Dudenstück an der Menschheit begangen wird, gleich ist auch der segnende Kaffee mit seinem Weihwasserfessel zur Stelle und verneigt sich dreimal und noch dreimal vor dem goldenen Kalb und singt ihm Hosanna.“

Das Blatt beschimpft die „christlichen Zentrumspriester“ als Kriegsheber und sagt:

„... Die Leute in der goldgestickten Toga und mit dem Dreieck in den feisten Händen, um deren nackte Lippen das ewig gleiche, kalte Lächeln spielt, deren grüne Augen nie einen warmen Strahl zu senden vermögen — das waren die gefährlichsten Kriegsverbrecher. ... Salzburgervoll triefen aus ihren Mäulern die Worte, die ihnen der boshaft lächelnde Gott Mamon in die Ohren flüsterete.“

In diesem Tone geht es weiter. Man wird verstehen, wenn wir das so wirken lassen; denn es hängt sich von selbst niedriger. Nur eine Stillübung sei noch angeführt:

„Mag das deutsche Volk wie ein Hund im Straßengroben verenden, Seine Eminenz schwingt das Weihrauchschaf gen Paris. Die deutsche Nation ist arm geworden, unsäglich arm. Denn wenn die Schwarzen erst das Schiff verlassen, dann ist für keine hungrige Ratte mehr etwas zu holen.“

Mit Abscheu wird sich jeder Mensch, der sich noch einer bunten Schamgefühl bewahrt hat, von solchen Ausgeburt eines mehrheitssozialistischen Blattes wenden. Sachlich braucht darauf nichts erwidert zu werden, als höchstens das, daß nun trotzdem der Minister des Auswärtigen im Reich, Graf Brockdorff, es gewagt, sich zum Kardinal von Köln zu begeben. Er hat es getan, ohne vorher das Blatt in Chemnitz, das einst der jetzige Reichswehrminister Noske redigiert hat, um Erlaubnis zu fragen. Kann es nach all dem wohl wundernehmen, wenn dieses Blatt die Unverfrorenheit hat, zu behaupten, „die kapitalistischen Verbrecher des Salon seien ebenbürtig ihrer Brüder vom Gebetbuch.“ Der angenehme Zeitgenosse von der „Volkstimme“ schreibt am Schluß, das deutsche Volk werde „auch über diese Gesellschaft hinwegschreiten zur Erfüllung seiner großen Aufgabe, durch den Sozialismus eine bessere Menschengemeinschaft zu schaffen.“ Die „Volkstimme“ hat ja nun zur Gemühe gesagt, was sie unter einer „besseren Menschengemeinschaft“ versteht und auf welchen Ton sie diese Gemeinschaft gestimmt wissen will. Aber wir möchten doch noch hinsicht-

lich des Artikels des Chemnitzer sozialdemokratischen Blattes an das Ministerium in Dresden eine natürlich ganz ergebene Anfrage richten:

So viel wir wissen, sind die Reichsgesetze noch in Gültigkeit. Jedenfalls hat die Regierung in Sachsen bei der Verlängerung des Belagerungszustandes sogar bis zum Jahre 1881 zurückgreifen müssen. In dem erwähnten Artikel wird nun eine Religionsgemeinschaft in der gemeinsamen Weise beschimpft. Gibt es hier kein Recht und Gesetz mehr, sind die Paragraphen außer Kraft gesetzt, die die katholische Kirche vor solchen Beschimpfungen schützen können? Wir sind Verfechter vollster Pressefreiheit. Das aber, ist keine Pressefreiheit mehr, sondern Pressfreiheit. Wir danken höflich, wenn das „bessere Menschengemeinschaft“ sein soll, die der Sozialismus dem deutschen Volke bringen will. Aber — Religion ist Privatsache und wir sind fest davon überzeugt, daß die Chemnitzer „Volkstimme“ auch heute noch in Wahrheit haben würde, die Frage, ob ein Katholik Sozialdemokrat sein kann, mit einem glatten Ja zu beantworten. Die kalte Stirn scheint auch zur „besseren Menschengemeinschaft“ zu gehören.

Aber um noch einmal darauf zurückzukommen: Der § 166 des Strafgesetzbuches ist noch in Kraft. Hier aber handelt es sich um eine Beschimpfung der katholischen Kirche. Es sind unseres Erachtens alle Voraussetzungen für den § 166 gegeben. Ist die katholische Kirche, ist ihr Klerus in Sachsen vogelfrei? Wir wären der Regierung Gradnauer sehr verbunden, wenn sie sich dazu äußern würde.

Und solche Leute wagen es, sich am Heiligsten zu vergreifen, was das christliche Volk besitzt, an den Seelen der Kinder! Und vor solchen Elementen sollen wir vielleicht die Segel streichen und das Prinzip der konfessionellen Schule preisgeben!

Dazu liegt nicht die geringste Veranlassung vor. Deren Kultusminister Vuch ist ja eine für ihn allerdings recht wenig angenehme Pfingstüberraschung zuteil geworden. Der hervorragendste Philosoph, den unbestritten Deutschland heute besitzt, ist Wilhelm Wundt in Leipzig. Er hat sich in einem Briefe an die Leipziger Ortsgruppe des evangelischen Pfarrervereins über die Abschaffung des Religionsunterrichtes und die Einführung des Moralunterrichtes geäußert. Dabei führt er aus:

„Der vorbereitete Ruf nach Abschaffung des Religionsunterrichtes in der Schule verbirgt unter diesem Namen nach meiner Meinung eine der größten Kulturbarbareien der Gegenwart.“ Und Wundt legt dann dar, wie der Religionsunterricht „durch nichts anderes und am allerwenigsten durch einen aus irgendwelchen anderen Quellen zusammengesetzten sogenannten Moralunterricht ersetzt werden kann“.

Wir glauben ja nicht, daß diese Auslassungen des berühmten Philosophen auf die Herren Arzt und Genossen irgend welchen Eindruck machen werden. Wer am Donnerstag den Phrasenschwall des Sozialisten lange über sich ergehen lassen mußte, wird diese Hoffnung nicht hegen. Aber immerhin verliert dadurch das Urteil dieses Philosophen an Bedeutsamkeit nichts, ganz im Gegenteil. Kulturbarbarei! Das ist das richtige Wort für diese christentumsfeindlichen Maßnahmen. Und wohin solche Kulturbarbarei führen kann, davon hat ja die Chemnitzer „Volkstimme“ einen Beweis abgelegt. Man bekommt da wieder einmal einen Begriff, wie im Zukunftsstaate der Satz „Religion ist Privatsache“ in die Praxis umgesetzt würde. hsl.

Der Papst zum Bonifatiusjubiläum.

Aus diesem Anlaß hat Papst Benedikt an den deutschen Episkopat eine Enzyklika gerichtet, die sehr bemerkenswert ist. Das Rundschreiben bezieht sich auf die zwölfte Jahrhundertfeier der Entsendung des heiligen Bonifatius als päpstlicher Gesandter für die deutschen Völker. Papst Benedikt erklärt, an feierlichen Festlichkeiten teilnehmen zu wollen, die zum Gedächtnis und zu Ehren desjenigen stattfinden werden, von dem Deutschland die Grundlage für sein Heil und seine Wohlfahrt erhielt. Der Papst erinnert eingehend an das ausdauernde wirksame religiöse Einigungs- und Friedenswerk, dem sich der Heilige Stuhl in eifriger Verbettätigkeit widmete. Er hebt auf Grund geschichtlicher Beläge besonders die dem heiligen Bonifatius anvertraute Mission hervor und erwähnt seine bedeutendsten Erfolge, wie die Massenbekehrung ganzer Bevölkerung Thüringens. Er betont die Abhängigkeit des Apostels an den Heiligen Stuhl, der ihm während dreier Päpste hingebendes Wohlwollen bewahrte und ihn auch hoch würdigte, indem er ihn zum Erzbischof von Deutschland bestimmte und ihm und seinem Volke besondere Vorrechte gewährte. Der hl. Bonifatius errichtete Gotteshäuser, Klöster und Klöster und durchwanderte Stadt und Land, er gründete Diözesen, verbesserte Bestehendes und bekämpfte

und zerstörte heidnische Vorurteile. Durch von ihm erzoogene Mitschüler aus England führte er viele barbarische Stämme der Zivilisation und dem Glauben zu. Der Papst erinnert an die Zeiten, in denen zwischen allen deutschen Völkern und dem Heiligen Stuhl volle Einigkeit bestand, die nicht nur der Religion zugute kam, sondern auch für das Zivillleben aller große Wohlfahrt brachte. Aus diesen Erinnerungen könnten nützliche Lehren für das künftige Werk der Wiederherstellung der Kircheneinheit und ihre Wiedervereinigung in Frieden und Varnberzigkeit gezogen werden. Die Lehre des Bonifatius ist noch lebendig, seiner Beispiele und seiner Taten ist man noch sehr wohl eingedenk; er ladet noch heute zur Einigkeit ein, er ladet die Abtrünnigen zur Rückkehr zu der Kirche und Aufgabe ihres Falles und die Gläubigen zum Ausbarren in Einigkeit ein, aus der auch in Eintracht die bürgerliche Gesellschaft hervorgehen wird. Papst Benedikt erudet die Rechte und Geise der Kirche in der durch den Krieg gestörten modernen Gesellschaft wieder einzuführen und die christliche Caritas wieder aufleben zu lassen, die sowohl dem Kriegshoh, wie auch Zwisten, Kirchentrennungen und Fehlern aller Parteien ein Ziel setzt, damit die Menschen mit festerem Band als gewöhnliche Vereinbarungen in Einigkeit, im Glauben und in Verbindung mit dem von Christus eingesetzten und durch die Werke und das Blut so vieler Heiliger und Märtyrer geweihten apostolischen Stuhl zusammengehalten werden. Der Papst schließt seine Enzyklika, indem er für die Feier des Festes des hl. Bonifatius der Geistlichkeit und den Gläubigen ganz Deutschlands besondere religiöse Vorrechte gewährt.

Rheinische Republik und Frieden.

Von einer besonderen Seite wird uns geschrieben.

Der Jubel, den die Proklamierung der rheinischen Republik in Frankreich geweckt, beweist am besten, wie sehr man dort die Loslösung erwartet und jetzt darüber befriedigt ist. Einzelne französische Blätter sprechen aus auch unverbohlen aus. Sie schreibt „Echo de Paris“: Ein Ereignis, das wir alle ersehnten, hat sich nun vollzogen.“ Wer die französische Geschichte kennt, weiß, daß es immer das offene Bestreben aller Politiker war, an den Rhein zu gelangen. Ein großes Frankreich, dessen Westgrenze Deutschlands schönster Strom bilden sollte, schwebte ihnen immer vor Augen. Napoleon war es zuerst gelungen, dieses Ziel zu erreichen, als er den „Rheinbund“ gründete. Die jetzigen Machthaber in Frankreich haben viel von ihm gelernt. Ein neuer Rheinbund ist heute wohl schlecht möglich, darum kann es auch ein „Rheinstaat“ sein. Namen sind ja bedeutungslos, die Hauptsache ist, daß das Staatengebilde unter französischem Einfluß und unter französischer Oberhoheit kommt, und das so sehr gehohle Preußen geschwächt und zerstört werde.

Uns ist noch völlig unklar, was die Franzosen eigentlich vorhaben. Wir stehen doch am Vorabend des Friedens, und Frankreich will uns die härtesten Bedingungen auferlegen, die jemals ein Volk zu tragen hatte. Man denke nur an die finanziellen Leistungen! Es gibt aber nur eine Möglichkeit, diese aufzubringen. Deutschland muß im Besitze all seiner Gebiete bleiben, die als Hauptfaktoren seiner Volkswirtschaft und damit auch seiner Arbeits- und Leistungsfähigkeit gelten. Sollen wir Milliarden zahlen, dann muß diese Last auf unser ganzes Volk verteilt werden, dann hat jeder sein „Eckchen“ dazu beizutragen. Ein Deutschland aber, das seine blühendsten Provinzen verliert, und nach den Annerionen durch Frankreich und Belgien nur noch über einen Bruchteil seiner früheren Volkskraft und Bevölkerungsziffer verfügt, ist unfähig, Milliarden abzutragen. Wird nun auch noch das Rheinland abgetrennt, verlieren wir auch noch unser blühendes Wirtschaftsgebiet, dann sind wir völlig arm und können nicht einmal mehr die freiwillig übernommene Last von einhundert Milliarden zahlen. Die Franzosen stehen vor der Wahl. Entweder zwingen sie uns, Millionen zu bringen, oder sie teilen unser Reich auf, ein drittes gibt es nicht. Wir wissen, wie trostlos der Zustand der französischen Finanzen ist. Ribot hat erst kürzlich im Senat erklärt, daß der Bedarf der Republik für das Jahr 1919 rund 44 Milliarden beträgt. Dieser herrliche noch allgemein in Frankreich die Ansicht, daß Deutschland alles bezahlen würde und mit deutschem Gelde die zerstückelten Finanzen wieder aufgebessert werden könnten. In den letzten Tagen beginnt man aber doch einzusehen, daß eine solche Leistung über unsere Kraft geht, und alle Hoffnungen auf Kleinentwürdigungen mehr als trügerisch sind. Ob die Franzosen sich nicht vielleicht an dem Grunde fügen, daß es besser sei, auf deutsches Geld zu verzichten, wenn man dafür blühende Landstrecken mit reicher Wirtschaft erhalten kann?

Die deutschen Protestnoten an den Rat der Vier hatten auf Antwort. Frankreich wird dann beweisen müssen, wie es über die rheinischen Sonderbestrebungen denkt, und es ist tatsächlich keine Absicht, das Deutsche Reich zu zerstückeln. Nach Pariser Pressemeldungen soll es auch die Vorstreichung von Westfalen und Hannover geplant sein. Mit einem Deutschland, das in kleine Teile auseinanderfällt, ist ein Verhandeln um den Frieden aber ganz zwecklos. Zeigen die Franzosen, daß sie alle diese Separationsbestrebungen begünstigen und die Hochverräter zu schützen gewillt sind, dann hat auch ein weiteres Verbleiben unserer Delegation in Versailles keinen Zweck mehr, dann mögen Frankreich und die Entente auch leben, wie ein Frieden mit Deutschland zu schließen ist, uns scheint das unmöglich.

Wie reimt sich das?

Man schreibt uns:

Alle treu deutsch gesinnten Beamten, die sich den Hochverrättern in den rheinischen Bezirken widersetzen, werden ihres Amtes und ihrer Würden entkleidet, und über den Rhein nach dem unbesetzten Gebiet abgedrängt. Der Bevölkerung droht man mit schweren Strafen, wenn sie der Regierung von französischen Gnaden nicht Gehorsam leistet. Ist das nicht ein Hohn auf das feierlich versprochene Selbstbestimmungsrecht der Völker? Alle Nationen dürfen ihre Ansprüche geltend machen, alle sollen über ihre staatliche Zugehörigkeit entscheiden und aus den Staatsverbänden Deutschlands auscheiden. Das deutsche Volk aber, das sich weigert, vom Mutterlande losgelöst zu werden, wird vergewaltigt! Jeder Hochverräter kann mit französischer Gunst eine Republik ausrufen, wenn es nur auf Kosten Deutschlands und seiner Bevölkerung geschieht. Und das am Vorabend des Friedens, im Zeitalter des so viel gepriesenen Völkerbundes!

Tagesmeldungen.

Graf Hanau bei Kardinal Hartmann.

Berlin, 10. Juni. Der politische Zweck der Reise des Grafen Hanau nach Köln war, wie dem „Berl. Tagebl.“ berichtet wird, ausschließlich die Unterredung mit dem Kardinal Hartmann, die über eine Stunde währte und sich hauptsächlich mit der sogenannten Republik Rheinland des Dr. Dorten befaßte. Die Ansichten, die bei dieser Gelegenheit geäußert wurden, befreudigten den Grafen Hanau in hohem Maße.

Großadmiral von Holtenhoff.

Im Krankenhaus zu Breslau starb am Freitagabend laut „Berl. Tagebl.“ an den Folgen einer Operation der Grob-Admiral und Chef der Hochseeflotte a. D. Henning von Holtenhoff. Während des Weltkrieges übernahm er das Amt des Chefs des Kommandos der Marine, welchen Posten er bis 1. August 1918 innehatte.

Der sozialdemokratische Parteitag.

Berlin, 10. Juni. Der Ausschuß der sozialdemokratischen Partei hielt gestern in Weimar eine Sitzung ab, an der der Parteivorstand, Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung, sowie Vertreter aus den einzelnen Bezirken teilnahmen. Der Vorsitzende Hermann Müller gab einen Überblick über die Bedeutung gerade dieses Parteitages und nahm Stellung zu den vorliegenden Anträgen, darunter auch zu den Anträgen auf Einleitung neuer Verhandlungen mit den Unabhängigen zur Beilegung der Parteispaltung.

Spartakistenangriffe in Vamberg.

Vamberg, 9. Juni. In der vergangenen Nacht machten Spartakisten Angriffe auf die Station der Bürgerwehr. Auch auf die Wache wurde ein Handgranatengriff verübt, der erfolglos blieb.

Belagerungszustand über Marienburg.

Berlin, 10. Juni. Nachdem in letzter Zeit wiederholt Anschläge auf Artilleriedepots und Militärposten von Marienburg verübt worden sind, ist über den Kreis Marienburg der Belagerungszustand verhängt worden.

Ein eintägiger Generalstreik in Deutschböhmen.

Aussig, 9. Juni. Da die Massenfundgebungen, welche am Freitagstage in allen größeren Orten Deutschböhmens u. des Sudetenlandes veranstaltet werden sollten,

von der tschechoslowakischen Befehlshaberbehörde verboten wurden, hat die in Aussig stattgefundenen gemeinschaftliche Sitzung der Landesparteileitung der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften im Beisein der Vertreter des Sudetenlandes den einstimmigen Beschluß gefaßt, Sonnabend den 14. Juni einen eintägigen Generalstreik in ganz Deutschböhmen und dem Sudetenland zu veranstalten.

Bürgerkrieg in Ungarn.

Wien. Es sammelten sich bei Ledenburg in der Gegend zwischen Zinkendorf und Kollenhof ungefähr 4000 bewaffnete Bauern an, um einen gegenrevolutionären Aufstand auf die Räteregierung in Ledenburg auszuführen. Beim Anmarsch auf Ledenburg stellte sich ihnen die inzwischen alarmierte Ledeburger Garnison, und zwar Infanterie mit Maschinengewehren und Artillerie, bei Zinkendorf entgegen, wo es zu einer blutigen Schlacht kam. Die gegenrevolutionären Bauern wurden zurückgeschlagen und in Kollenhof von den roten Gardisten eingeschlossen. Nach kurzer Belagerung wurde Kollenhof, das in Flammen steht, von den Truppen der Räteregierung im Sturm genommen und ein entsetzliches Blutbad angerichtet. Ueber das ganze Ledeburger Komitat wurde der Belagerungszustand verhängt und die Militärdiktatur verkündet.

Gingereisen der Entente in Ungarn?

Wien, 9. Juni. (Wiener Korr.-Bureau.) Die Ungarische Gesandtschaft teilt mit, daß die ungarische Räterepublik am Samstag auf funktentelegraphischem Wege aus Prag eine französisch verfaßte Depesche erhielt, wonach Vertreter der ungarischen Räteregierung von den Ententerregierungen nach Paris zur Friedenskonferenz berufen werden und Ungarn aufgeführt wird, dem Feldzuge gegen die Tschechen ein Ende zu setzen, da die ungewohnte Form und der ganz besondere Uebermittlungsweg dieser angeblich aus Versailles stammenden drahtlosen Depesche der Räteregierung zuerst nicht ganz einwandfrei erschien. Beauftragte der Volkskommission für Neuhäres die Wiener Gesandtschaft, sich Gesandtschaft, sich Gewißheit über die Authentizität der Drohung zu verschaffen.

Der Streik in Italien.

Berlin, 10. Juni. Die Streikbewegung in Italien nimmt immer bedrohlicheren Umfang an. Seit dem 7. Juni herrscht laut „Lokalanzeiger“ in Neapel Stadt und Provinz der Generalstreik aller Kategorien, auch die Wälder, die städtischen Arbeiter der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke streiken.

Die türkische Friedensdelegation.

Verailles, 9. Juni. Der „Matin“ meldet, daß die türkische Delegation am 11. Juni Paris und am 13. Juni in Vauresson eintreffen werden, wo eine Villa für sie gemietet wurde.

Nachrichten aus Sachsen.

Keine Benachteiligung Sachsens.

Zu der Bevölkerung wird beklagt, daß Zeitungs- und Nachrichten zufolge in einzelnen norddeutschen Städten die Ausgabe ausländischer Lebensmittel gegenüber der Verteilung in Sachsen früher eingeleitet hat. Daraus wird auf eine tatsächliche Benachteiligung oder Zurücksetzung Sachsens geschlossen. Solche Vermutungen sind irrtümlich. Richtig ist, daß z. B. Berlin mit der Verteilung ausländischen Mehlens früher beginnen konnte als Dresden. Gleichwohl stammte das in Dresden und Leipzig bei den ersten Ausstellungen ausgegebene amerikanische Mehl aus demselben, und zwar dem ersten Amerikadampfer, wie das in Berlin ausgegebene. Der Transport, der auf dem Wasserweg die Elbe aufwärts erfolgte, dauerte nach Dresden und Leipzig länger als nach Berlin. Dabei die spätere Ausgabe. Auch innerhalb Sachsens kann die Ausgabe nicht immer in allen Kommunalverbänden gleichzeitig vor sich gehen. Auch hierbei ist auf die ganz verschiedenartigen Verkehrsverbindungen der einzelnen Orte der wesentlichste Teil der Unterschiede zurückzuführen. Es würde sicher in der Bevölkerung nicht verstanden werden, wenn man mit der Ausgabe der Lebensmittel an den Orten, denen sie nach Lage der Dinge am raschesten zugeführt werden können, noch wartete, bis auch an allen anderen Orten die Verteilung beginnen kann. Niemand hätte einen Vorteil davon. Andererseits ist es selbstverständlich, daß dadurch die Bevölkerung der verkehrs-

technisch weniger günstig gelegenen Orte nicht benachteiligt werden darf. Es wird alles getan, um auch dorthin die Zuleitung zu beschleunigen. Auch bleiben naturgemäß die zur Austeilung an den einzelnen Orten bestimmten Mengen unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl dieselben, gleichviel, ob sie in dem einen Orte etwas früher eintreffen oder nicht.

Ergebnisse der Schleichhandelsbekämpfung.

Ueber die Schleichhandelsbekämpfung teilt uns das Landeslebensmittelamt mit.

Kontrolle der Eierpreise. Es wurden in der Zeit vom 26. bis 31. Mai zahlreiche Geschäfte in Leipzig, Dresden und Bautzen revidiert. Allein in Leipzig wurden 7 Groß- und 97 Kleinhandelsgeschäfte kontrolliert. Wegen zwei Groß- und sieben Kleinhandelsgeschäfte wurde Strafanzeige wegen Preistreiberie erlassen, gegen 27 Kleinhandelsgeschäfte wurde die Unterjagung des Handelsbetriebes beantragt.

Bekämpfung des Hamsterverkehrs. Beim Lebensmittelamt waren Klagen über besonders großen Hamsterverkehr auf der Strecke Seyditz—Straßwalderdorf eingegangen. Dementsprechend wurde der Verkehr in Straßwalderdorf überwacht. Von einem einzigen Revisor der Verkaufsstellen wurden allein an drei Tagen beschlagnahmt: über 10 Zentner Roggen, 4 Zentner Weizen, ein Zentner Hafer, 31 Pfund Gerste, 60 Pfund Haferstroh, 10 Pfund Graupen, 68 Pfund Weizenmehl, 36 Pfund Roggenmehl, 15 halbe Stck Butter, ein Paar Vorkalbschäse, eine halbe Vorkalbschale, 13 Stck Fettseife, zwei Handschrotmühlen. Auch wurde in mehreren Fällen Preistreiberie und übermäßiger Verbrauch bei Landwirten festgestellt. Auch diese Fälle werden verfolgt.

Gepäcküberwachung. Auch in den Tagen vom 26. bis 31. Mai wurde auf den Bahnhöfen in Leipzig und Dresden das eingehende Reisegepäck revidiert. Es zeigt sich immer mehr, wie gefährlich die Aufkäufe für die allgemeine Versorgung sind, die die aufgekauften Waren in großen Mengen nach den Städten bringen. Allein in Leipzig wurden von einem Revisor in fünf Tagen beschlagnahmt: 92 Pfund Mehl, 80 Pfund Zucker, 8 Zentner Schokolade und Kakao, 80 Pfund Schweine- und Kalbfleisch, ein Rehbock, 178 Pfund Schweinefleisch, 36 Dosen Wurst, 26 Liter Wein, 370 Stck Seife, außerdem noch zwei Kisten mit 250 Pfund Seife.

Eisenbahnrevisionen. Bei einer mit Hilfe der Militärpolizei durchgeführten Zugrevision auf der Strecke Löbau—Dresden wurde neuerdings allein bei einem Nachmittagszuge beschlagnahmt: 170 Pfund Mehl in drei Posten, 71 Stck Butter in drei Posten, 61 Pfund Fleisch und Fett in fünf Posten, 10 Pfund Zucker in einem Posten.

Kontrolle bei Privatpersonen. Es wurden wegen Zuwiderhandlung gegen die Rationierungsvorschriften in zehn Fällen bei Privatpersonen beschlagnahmt: 20 Pfund Roggen, 15 Pfund Erbsen, 8 Pfund Erbsen, 45 Pfund Grieß, 7 Pfund Makaronen, 7 Pfund Butter, 12 1/2 Pfund Hausfleisch, 6 1/2 Pfund Schinken, 3 Pfund Zucker, 15 Pfund Wurst, 4 1/2 Pfund Dauerwurst. Im übrigen wurden zahlreiche Fälle von Schleichhandel, Kettenhandel und Preistreiberie verfolgt. Zum Teil handelt es sich dabei um Posten im Werte von mehreren 100 000 Mark.

Für die deutsch-österreichischen.

Als Endtermin für Hinterlegung österreichischer Staatsschuldverschreibungen und für Anmeldung nicht hinterlegungsplichtiger solcher Papiere wurde der 15. Juni, für Anmeldung sonstiger Wertpapiere und übriger anmeldungspflichtiger Vermögensgegenstände der 30. Juni 1919 festgesetzt. Das Staatsamt für Finanzen hat eine polizeiliche Einbindung der Vermögensanmeldung in je drei Exemplaren an die zuständige Steuerbehörde gefordert, jedoch müssen die auf der mündlichen Anmeldung durch Dokumente zu erweisenden Daten (Staatsangehörigkeit und Wohnort resp. Aufenthaltsort) entsprechend bezeugt werden. Die Vorschriften und Formulare hinsichtlich der Vermögensanmeldung in deutsch-österreichischen Konsulate zu Dresden eingesehen werden.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

* Neukirchendorf. Vorstand Wilhelm Scholze hat am 1. Juni 1919 sein Amt nach 22-jähriger Tätigkeit niedergelegt; sein Nachfolger ist Franz Stelzig. Herrn Scholze sagen wir Dank für seine selbstlose und treue Arbeit und sein offenes Eintreten für die katholische Sache; von Stelzig wissen wir, daß er den gleichen Weg geht.

Zusatz?

Breslau, 30. Mai.

„Es gibt keinen Zufall.“ sagt Wallenstein. Ihm erwidert Voltaire: „Seine Majestät, der Zufall entscheidet alles.“ Wer hat recht, der deutsche Grübler oder der spanische Franzose? Oder liegt, wie so oft, die Wahrheit in der Mitte? Darauf wird gewiß mancher gerade jetzt Antwort heischen, wo wir den folgenschwersten Entscheidungen deutscher Geschichte entgegengehen in den nun einsetzenden endgültigen Friedensverhandlungen zu Versailles. Entscheidet hier der Zufall, hat er den Krieg herbeigeführt oder dieses furchtbare Ende bedingt? Können wir noch etwas tun, um den Lauf der Dinge zu beeinflussen? Die Frage ist auf vielen Lippen und unausgesprochen in vielen deutschen Herzen.

Um sie zu beantworten, müssen wir wissen, was Zufall eigentlich ist. Das ist nicht ganz leicht zu sagen. Mir erscheint er als etwas, das nach unserer Ansicht überhaupt nicht zu geschehen brauchte oder auch anders hätte geschehen können. Etwas, wofür wir also den zureichenden Grund nicht gleich erkennen. Ich schmeichle mir nicht, mit dieser Bestimmung unbedingt das Richtige getroffen zu haben. Aber so ähnlich dürfte es sein. Vielleicht hat der geehrte Leser zufällig eine bessere Erklärung.

Die Frage nach dem Zufall ist so alt wie die denkende Menschheit. Gelehrte haben dicke Bücher darüber geschrieben. Sie wird aber immer wieder neu aufgeworfen und dann verschieden beantwortet. Warum? Weil es dabei weniger auf das reine Denken ankommt als auf die Erfahrung des einzelnen, seine Gemütsart, seine Weltan-

schaung. Die sind unter den Menschen verschieden und werden es wohl immer bleiben.

Dem Gläubigen kann der Zufall nicht viel sein. Er sieht Gottes Hand in der Weltgeschichte wie im Einzelnen. Zudem hat der Mensch seinen freien Willen. Da ist wenig Raum für sinnloses Geschehn. Doch auch der Glaube schließt den Zufall nicht aus. Gott will das Böse nicht, aber er läßt es zu, sei es zufällig, sei es gewollt.

Das Recht setzt den Zufall als selbstverständlich voraus. Er spielt von altersher im Gesetz eine große Rolle. Das Recht treibt ja auch keine Philosophie, es hält sich an das Neuhäre, nicht an das Wesen der Dinge.

Stillschweigend anzuerkennen scheint der Zufall die Sprache. Das Wort „vielleicht“ gibt das Unbestimmte und damit den Zufallsbegriff wieder.

Auf den Zufall baut der Spieler. Der Geld ohne Mühe erwerben, wer seine Zukunft nicht auf Arbeit gründen, wer sich einen Nervenkübel verschaffen will, der erzieht sich dem Unberechenbaren. In diesem liegt für manche Menschen der Reiz der Gefahr. Das Spiel kann sein Glück, es kann sein Ende werden. Ebenso der Leichtsinrige. Ihm gilt gleich, was kommt. Er setzt sich kein festes Ziel, das er auch gegen Schwierigkeiten zu erreichen strebt.

Der Fatalist verwirft den Zufall grundsätzlich. Aber sein Handeln gleicht dem des Spielers und des Leichtsinrigen. Denn er legt gleichfalls die Hände in den Schoß, sei es auch nur deshalb, weil er das kommende Schicksal für unabwendbar hält.

Viele suchen im Unglück eine Entschuldigung für eigene Schuld. Wo sie sich selbst anzulagen hätten, flagen

sie den Zufall an. Ähnlich legen ihm die Erfolglosen, die Schwachen gern zu Last, daß sie sich nicht durchzusetzen oder zu behaupten wußten. Endlich wird der Dankel müttige den Mangel des eigenen festen Willens damit zu bemängeln suchen, daß er plötzliche unerwartete Ereignisse als Grund für Sinnesänderungen vorzubringen möchte. Das ist menschlich.

Der Tüchtige dagegen, der Erfolgreiche verneint eher den Zufall, der ihm das eigene Verdienst schmälern könnte. Wer gewohnt ist, die Umwelt zu meistern, der glaubt auch sein Schicksal selbst geformt zu haben und zu formen. Andere mögen fremden Kräften zu Dank verpflichtet sein, er sicher nicht. Auch das ist menschlich.

Was lehrt uns Wallenstein's Beispiel? Daß der Mensch den Zufall leugnen und sich ihm schließlich in die Arme werfen kann mit der ganzen mangelnden Folgerichtigkeit des menschlichen Herzens. Wallenstein ist abergläubisch und ein Herrenmensch. Ihm scheint alles in der goldenen Schrift am Himmel vorher bestimmt. Dort will er seine Zukunft lesen. Aber er glaubt nicht nur an die Sterne, er glaubt noch mehr an seinen Stern, an sich selbst. Deshalb gelten ihm die Zeichen da droben nur so lange, als sie ihm Gutes künden. Deshalb warnt ihn der alte Sen i vergeblich. Der Wille zur Macht ist in Wallenstein stärker als die Weltanschauung. Das wird sein tragisches Verhängnis. Er will eine Ausnahme zu seinen Gunsten. Die ist unmöglich. Denn, wenn die Sterne überhaupt das Menschenschicksal bestimmen, so gelten sie für alle Staubgeborenen.

Wie stellen wir heutigen uns zum Zufall? Wehr als je ist die Frage im Vordergrund. Warum muß gerade unsere Zeit so leiden? Ist sie so viel schlechter als andere?

Trennschwur für die christliche Schule.

Große katholische Elternversammlung am 6. Juni im Auguste-Schmidt-Haus zu Leipzig.

Es war ein Großkampftag für unsere Schule. Der berühmte Vertreter der katholischen Eltern Leipzigs, der Zentrumsabgeordnete Burlage von der Nationalversammlung, und der Hauptschriftleiter der „Sächsischen Volkszeitung“ — alle drei vereinten ihre Kräfte zur Verteidigung unseres heiligen Glaubens im Jugendunterricht. Mit dem Rute der Ueberzeugung von der gerechten Sache trugen sie die geistigen Waffen gegen die übermächtigen und übermütigen Feinde des Christentums vor und erfüllten auch die Herzen der anwesenden Väter, Mütter und sonstigen Katholiken mit dem gleichen Opfer- und Bekennermut. Wenn solcherart Elternschaft, Partei und Presse fest und frei zusammen auf den Schanzen stehen, dann brauchen wir nicht zu verzagen.

Dem Haupt-Elternauschuß der katholischen Gemeinden in Leipzig, der zu dieser Versammlung durch Handzettelerteilung nach dem Sonntagsgottesdienst, durch große Anzeigen und Notizen in der „Sächs. Volkszeitung“ und in der Leipziger Presse eingeladen hatte, ist für diese mächtige Kundgebung vom ganzen christstreuen Volke — nicht nur vom katholischen Teil — herzlich zu danken. Herr Eidmann, der rührige Vorsitzende des Hauptauschusses und glaubenseifrige Vorkämpfer für die katholische Schule in Leipzig, schilderte die bisherige Tätigkeit des Ausschusses, den Erfolg beim Stadtrat und den brieflichen Gedankenaustausch mit dem hochw. Herrn Bischof, der überall Elternauschüsse nach dem Leipziger Muster gebildet sehen möchte und dem Leipziger Ausschusse seinen bischöflichen Segen erteilt hat. Der Anstoß an die große katholische Schulkorganisation (Lüpfeldorf) und an den im Schulkampf mit ihr verbündeten Volkverein für das kath. Deutschland ist vollzogen. So ist das Häuflein der Streiter in Leipzig keine vereinzelte Truppe mehr, sondern eingegliedert in das große katholische Verteidigungsheer.

Herr Reichsgerichtsrat Burlage, Mitglied der Nationalversammlung, von der er gerade aus Berlin gekommen war, — der allverehrte Leipziger Zentrums- und Katholikenführer, gleich zu Beginn von den Versammelten warm begrüßt —, ergriff nun das Wort zu der Hauptrede des Abends. Wenn ein Kind geboren wird, so führt er aus, dann herrscht große Freude bei den Eltern und im ganzen Hause. Aber zu dieser berechtigten Elternfreude gesellt sich alsbald die von Gott geforderte Pflicht und Verantwortung für die Seele des Kindes. Wie milde ist der Heiland gegen die Menschen. Aber was sagt er von den Kindern? „Wer eins von diesen Kleinen ärgert, dem wäre es besser, daß ihm ein Mühlstein um den Hals gehängt und er in die Tiefe des Meeres versenkt würde.“ Diese unerbittliche Strenge Christi, wo es sich um das Heil der Kinderseelen handelt, ist eine ernste Mahnung für alle zumal für die Eltern und Erzieher.

Der Elternpflicht entspricht ein Elternrecht. Zwar gibt es heutzutage Leute, die das Elternrecht nicht gelten lassen wollen, wie der sozialdemokratische Lehrer Krätzel in der Sächsischen Volkskammer. Wir verurteilen durchaus diese Auffassung. Was bestimmt nun das zukünftige Reichsrecht? Der Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung hat sich, wie noch kürzlich in der „Sächs. Volkszeitung“ erwähnt wurde, in Artikel 112 der Verfassungsvorlage dafür erklärt: Die Erteilung des Religionsunterrichtes, der ordentliche Lehrgegenstand der Schule ist, wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Es wird damit nicht ausgeschlossen, daß die Simultanschule eingeführt wird. Das Zentrum will dagegen die konfessionelle Schule. Warum? Die Simultanschule ist eine unvollkommene, unreine Schule; das Beste, was der Lehrer den Kindern geben kann, muß er gerade bei der richtigen Gesinnung aus Lauffeßel zurückhalten; wenn er vor Kindern aus christlichen, jüdischen und Freidenkerfamilien steht, darf er kein inniges, warmes, hinreichendes

Wort von dem Jesuskinde in der Krippe, vom Osterlamben, ja nicht einmal von Gott sagen, er kann höchstens nüchtern berichten, daß die Christen dies, die Juden jenes lehren und dergleichen. Aber ein Lehrer, der sein Lauffeßel und nicht die redliche Absicht hat, alles zu vermeiden, was die religiösen Empfindungen eines seiner verschiedengläubigen Schüler verletzen könnte, ein solcher Lehrer wird sehr schlimme Wirkung ausüben. Das Ansehen der Eltern oder des Lehrers oder beider wird im Kindesbergen leiden. Zwischen konfessioneller Schule und Elternhaus besteht harmonisches Zusammenwirken, zwischen Simultanschule und Elternhaus tut sich verderblicher Zwiespalt auf.

Uebrigens hat man die Simultanschule gar nicht eugentlich, sondern nur als Springbrett gewollt. Das wahre Ziel war weiter gesteckt. Mit der Simultanschule wollte man das Volk vorerst gleichgültig und schwankend machen, dann sollte dem Volke die rein weltliche Schule aufgezwungen werden. Die Zwischener Taten ließen erstens den Religionsunterricht noch als wesentlichen Unterrichtsgegenstand bestehen und zweitens wollten sie die Gesinnung Jesu im Kinde lebendig machen. Aber das war nur die Vorstufe zu den grundsätzlichen Leipziger Taten, die die weltliche Schule fördern. Nach dem November-Ereignissen ließ die sozialdemokratische gesinnte Lehrerschaft die Maske fallen und trat rücksichtslos mit ihrer eigentlichen Forderung hervor.

Das Zentrum dagegen lehnt die zwangsmäßige Simultanschule ab; wohlverstanden: nicht die gemeinsame Grundschule oder „Einheitschule“ auf konfessionellem Boden. Das Zentrum hat die Auffassung, daß die Eltern, so weit sie schulpflichtige Kinder haben, zu befragen seien, ob sie die konfessionelle Schule haben wollen, und diese dafür und sind es genug, um eine lebensfähige Schule zu halten, dann sollen die Eltern das Recht zur Gründung der gewünschten Schule haben, so daß es dann also eine katholische, eine evangelische, eine jüdische, ja auch eine freidenkerische Schule geben wird. Auch die letztere, denn die Freidenker hindern wir nicht an ihrer Schulgründung auf Grund der demokratischen Auffassung. Aber daß die Eltern befragt werden und mitzubestimmen haben, das nennen wir Demokratie. Solche Demokratie will man in Bayern einführen, wenn in den Vereinbarungen der Bayerischen Volkspartei, Demokraten und Sozialisten zur Bildung einer neuen Regierung im Abschnitt 5g bestimmt wird:

„Die Umwandlung bestehender Konfessionsschulen in Simultanschulen oder die Neuerrichtung von Simultanschulen darf nicht gegen eine ausdrücklich festzustellende Mehrheit der Erziehungsberechtigten erfolgen, deren Kinder zurzeit der Abstimmung schulpflichtig sind. In Städten über 20 000 Einwohnern, in denen geschlossene Schulkörper vorhanden sind, gibt das Abstimmungsresultat die Grundlage für die verhältnismäßige Verteilung der Konfessions- und Simultanschulen.“

Die Eltern haben also mitzureden. Wir sind nicht gewillt, die Gesetze in Deutschland uns von einer Klippe von Lehrern vorschreiben zu lassen. Die Lehrer sind vom Volke beauftragt wie die Beamten, nicht etwa die allein maßgebenden Beauftragten. Kein Lehrer soll übrigens gezwungen werden, Religionsunterricht zu erteilen; ein erzwungener Unterricht hätte auch seinen Wert. Das Volk soll also die entscheidende Stimme haben. Das ist demokratisch. Und davon werden wir im Zentrum festhalten. Glauben Sie mir! (Großer, anhaltender Beifall.)

Das sozialistische Ziel ist christentumsfeindlich; die Demokraten sind geteilter Meinung. Wenn jenes Ziel verwirklicht wird, dann sind in gewisser Zeit Ordnung und Fleiß, Gerechtigkeit und Sittlichkeit dahin; dann ist es in 50, 70 Jahren vorbei mit Deutschland.

Deutschlands Zukunft ist dunkel. Ganz Schwere wird auf alle Fälle kommen, ob wir Frieden erhalten oder nicht. Wir werden hart arbeiten müssen. Die schwersten Entscheidungen werden uns auferlegt, wir werden sie tragen. Aber unsere Seele wollen wir uns

bewahren, unsere Religion verteidigen, auch in der Schule.

Unsere Schuldverhältnisse waren leider nicht überall auf dem Höhepunkt. So hat man uns an verschiedenen Orten in Sachsen die katholische Schule genommen. Aber die evangelische Schule ist fast unverändert geblieben. Und was sagten Schuldirektoren in solchen evangelischen Schulen, in die nun unsere katholischen Kinder geben müssen? Dissidenten und Israeliten könnten sie vom (evangelischen) Religionsunterricht befreien, nicht aber Katholiken, das sei im Gesetz nicht vorgesehen! Ja, so hat man uns die katholischen Schulen geradezu abgehandelt. Da rate ich nun eins: In Zukunft tun wir gar nichts freiwillig. Wir weichen nur dem Zwange und sollte auch der Schulstreik kommen müssen. Nachgeben werden wir im Zentrum nicht. Und wenn wir auch gegen die Verfassung stimmen müßten, wägen die es verantworten, welche die Schuld tragen. Mag die Koalitionsregierung in Städte gehen; wir weichen nicht. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Wir haben einen großen Teil des Volkes hinter uns, die Deutschnationalen werden mit uns gehen, auch die Deutsche Volkspartei, ja selbst Demokraten. Die demokratische Partei in ihrer Gesamtheit aber möge Gewissensberichtigung halten.

Sachsen regiert noch nicht Deutschland. Windthorst sagte schon, nach dem Kulturkampf der siebziger Jahre käme einmal der Schulkampf. Vielleicht ist diese Zeit schon da. Aber in diesem Kampfe wird die christliche Partei durch die deutschen Gauen geblieben werden. Das deutsche Volk wird aufstehen und sich wehren. Und wir werden nicht beiegt werden, so lange eine christliche Junge reden und eine christliche Hand die Feder führen kann und so lange deutscher Männer und deutscher Frauen Tatkraft sein wird auf deutscher Erde! (Gewaltiger, immer erneuter Beifall.)

Herr Hauptschriftleiter Heßlein von der „Sächs. Volkszeitung“ gab nunmehr seine persönlichen Eindrücke von der bemerkenswerten Sitzung der Sächsischen Volkskammer in Dresden wieder, worüber die Nr. 128 der „Sächs. Volkszeitung“ inzwischen berichtet hat. Er erwähnte insbesondere noch das wichtige Gutachten des Rates der Stadt Dresden vom 31. März 1919 an die Stadtverordneten, worin ausdrücklich gesagt wird: Es gibt keine Zwangsmittel gegen die Eltern in dem jetzigen Schulkampfe. Dieses bedeutungsvollen Gutachtens müssen wir uns ausgiebig bedienen.

Der Redner hob dann noch hervor, daß die Arbeit des Leipziger Haupt-Elternauschusses bahnbrechend wirke; diese Arbeit gewähre eine feste Rückenstütze im Kampfe für die konfessionelle Schule. (Großer Beifall.)

Herr Eidmann stellte nunmehr den Leipziger Taten die Leitfäden des Haupt-Elternauschusses gegenüber; es sind folgende:

Wir fordern auf Grund der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes der Eltern für die Erziehung unserer Kinder die katholische Schule.

Wir erblicken in der Erziehung zur sittlichen Persönlichkeit im Sinne der katholischen Weltanschauung noch wie vor die Aufgaben der katholischen Schule.

Wir lehnen für unsere Kinder den sogenannten „objektiven Unterricht in Religionsgeschichte“ ab und verlangen den Religionsunterricht nach der Lehre und den Satzungen Elternhaus, Schule und Kirche.

Wir wünschen, daß die im Religionsunterricht begründete Weltanschauung den Gesamtunterricht durchdringt und neben der Persönlichkeitsentwicklung und dem Beispiel des Lehrers das sittliche Leben des Kindes einheitlich beeinflusst.

Zeitfragen über das Ziel der Schulerziehung ist auch eine Angelegenheit der Eltern. Ueber die Erteilung des Religionsunterrichtes eine Angelegenheit der Kirche, wir erwarten von der katholischen Lehrerschaft die Anerkennung dieses Grundabes, die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen und die Pflege der Gesinnungseinheit zwischen Elternhaus, Schule und Kirche.

Wir bekennen uns als im Gewissen verpflichtet, unsere Kinder für Gott und das ewige Leben zu erziehen; wir sind nicht gewillt, uns unser Recht und unsere Gewissensfreiheit durch gewaltsame Bevormundung beschränken zu lassen.

Wir werden niemals unsere Kinder an dem sogenannten Moral- oder Gesinnungsunterricht an Stelle des Religionsunterrichtes teilnehmen lassen.

Auf die schwerwiegenden Folgerungen, die eine Annahme dieser Leitfäden mit sich brächten, wies der Redner die Eltern noch ausdrücklich hin, teilte auch mit, daß die befragten Eltern in ganz überwiegender Mehrheit dafür seien, ihre Kinder in die katholische Schule zu schicken (3. W. von 24 waren 22 dafür, von 68 in einer anderen Gruppe 60). Auf die Frage, ob jemand für oder gegen die Leitfäden sprechen wolle, meldete sich niemand; die Leitfäden wurden einstimmig von den Anwesenden angenommen. Dieses hoch erfreuliche Ergebnis, das auch dem Hauptauschuß festen Rückhalt gibt, wurde mit gewaltigem Beifall begrüßt. Auch gegen die Verkürzung des Religionsunterrichtes wurde Einspruch erhoben.

Mit erneuter Aufforderung, der „Sächsischen Volkszeitung“ weitere Freunde zu gewinnen und mit der Mahnung zur Treue und Einigkeit, zu Bekennermut und Opfermuth (gegen 11 Uhr) der eindrucksvolle Abend aus. —

Kirche und Unterricht

k Dresden • Johannst. In dieser Herz-Jesu-Kirche wird an allen Freitagen des Juni abends 7 1/2 Uhr Herz-Jesu-Kudacht mit sakramentalen Segen gehalten.

k Die Sankt-Benno-Kudacht in der Stifts- und Pfarrkirche Sankt Michael in Dresden-Friedrichstadt findet am Dreifaltigkeit- und Fronleichnamsonntage abends 6 Uhr, an den Werktagen vom 16. bis 23. Juni und am Fronleichnamfest abends 7 Uhr statt.

Am Fronleichnamsonntage ist Prozession im Stiftsgarten (nach dem Hochamt Beginn 9 Uhr).

Ist das alles nur ein Zufall? Konnte der Krieg vermieden werden, wenn andere Männer an der Spitze standen? Wie würde der Friede, wenn heute zufällig andere über seine Bedingungen zu entscheiden hätten.

Es ist wohl müßig, solche Fragen zu stellen. Glück ist, wer vergißt, was nicht mehr zu ändern ist. Das mag für das Vergangene gelten. Außerdem würden wir uns wohl nicht einigen, so wenig wie sonst die Menschen über den Zufall. Religiöse, politische, persönliche Anschauungen würden sich beugen. Wir stehen den Dingen auch noch zu nahe, um sie richtig zu werten.

Ungleich wichtiger als die Frage: „Wie kam es?“ ist heute die andere: „Was sollen wir tun?“

Wir dürfen die weitere Entwicklung nicht dem Zufall anheimstellen. Wir dürfen uns in diesen schwersten Stunden nicht treiben lassen, sondern müssen versuchen, unser Schicksal zu zwingen.

Keine Spielerei dürfen wir sein, keine Fatalisten, keine Kleingläubigen. Wir müssen festere Grundlagen für unsere Entschlüsse finden als sie, wir müssen arbeiten für uns, unsere Kinder und unser Volk, wir müssen auch jetzt noch auf Gott vertrauen. Jetzt erst recht.

Eine unerbittliche Nachwelt wird uns richten, wenn wir nicht jetzt noch alles tun, diesen Frieden abzuwenden. Sie richtet uns, wenn wir ihn nicht ablehnen, falls er nicht wesentlich verändert werden kann. Unsere Nachkommen werden nicht unsere Leiden sehen, sondern die schweren Nachteile, die ihnen aus der Annahme dieser Bedingungen erwachsen müßten. Sie werden uns fluchen und klagen, daß sie zufällig keine anderen Eltern haben, die besser für sie gekämpft hätten.

Wir haben oft gesungen und singen jetzt mit besonderer Dringlichkeit:

„Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland, Danach laßt uns alle streben, brüderlich mit Herz und Hand.“

Das sei unser Geleit. Man will unsere Einigkeit zerreißen. Deshalb dürfen wir nicht noch dazu helfen. Galtet zusammen! Man tritt das Recht mit Füßen. Verlangen wir immer wieder das feierlich zugesagte Selbstbestimmungsrecht. Man will uns politisch und wirtschaftlich versklaven, ringen wir um die Freiheit. Und tun wir alles, was wir in diesen schweren Tagen tun, brüderlich!

Wir bessern unsere Lage nur, wenn wir nichts mehr dem Zufall überlassen. Nur dann können uns, nur dann werden uns wohlwollende Neutrale und Gegner helfen können. Dann kann man ihnen nicht entgegenhalten: „Den Deutschen geschieht ganz Recht, denn sie selbst haben unterzeichnet, sie haben den Frieden also gewollt.“ Diese Frieden. Weiben wir fest, zeigen wir jede Stunde der ganzen Welt, daß man uns vernichten und entehren will, daß wir dagegen angehen bis zum letzten Atemzuge. Denn nun dann regt sich das Weltgewissen vielleicht schärfer zu unseren Gunsten. Wenn wir schwanken, dann jagt sich jeder Fremde: „Die Bedingungen sind doch nicht so schlimm, wie Deutschland uns glauben machen will.“ Dann ist er froh, vor sich selbst eine Entschuldigung dafür zu haben, daß er gegen dieses Verbrechen an uns und der Menschheit nicht selbst Einspruch erlegt. Dann überläßt er das Weitere dem Zufall.

Dann aber ist der fürchterliche Friede, den wir bekommen, kein Zufall, dann ist er auch unsere Schuld. Wie sagt Wallenstein an anderer Stelle? „Den Menschen macht sein Wille groß und klein.“ Sorgen wir dafür, daß wir dereinst nicht klein vor der Zukunft Deutschlands dastehen! H.

Illusionspolitiker.

(Von parlamentarischer Seite.)

Wohl noch nie hat eine Regierung mit so viel Widerwärtigkeiten zu kämpfen gehabt, als die jetzige. Rasche Feinde von außen und maßlose Feinde im Innern bedrohen ihre Stellung. Es ist wirklich nicht so einfach, es allen Menschen recht zu tun. Auch wir haben manches an der Regierung auszufehen, aber es ist jetzt nicht die Zeit, politische Fehden auszutüpfeln. Seit die Unabhängigen aus der Regierung ausgetreten sind, haben sie auf alle nur erdenkliche Art Schwierigkeiten zu machen versucht und geben oder offen Propaganda gegen die Regierung getrieben. Wie feindliche Brüder stehen die Unabhängigen zu den Mehrheitssozialisten. Ebert und Scheidemann sind ihnen zum Stein des Anstoßes geworden und müssen auf jeden Fall beseitigt werden. Jeder vernünftige Mensch erkennt die Folgen, die aus einer Regierungskrise im jetzigen Augenblicke entstehen müssen. Fühlen sich die Unabhängigen wirklich so stark, um in dieser Zeit das Staatsschiff lenken zu können? Wer die Partei kennt, wer aufmerksam verfolgt hat, wie sie arbeitet und was sie bis jetzt geleistet hat, mit ihre Annäherung geradezu lächerlich finden. Die einzige Stärke der Unabhängigen liegt in der Opposition, darin sind sie allerdings weiser. Mit Stimmern haben alle, die Gelegenheit gehabt haben, an den Sitzungen der Volkstretter teilzunehmen, feststellen müssen, wie die kleine Minderheit mit ihrem Geschrei zu hören und jede rechte Arbeit zu hindern verstand. Und solche Leute wagen ihre Arme nach den Ministerstühlen auszustrecken, denn um diese ist es ihnen wohl allein zu tun.

Uns ist im Augenblicke noch völlig unklar, wie die Unabhängigen überhaupt eine Regierung bilden wollen. In der Nationalversammlung ist ihre Zahl so verschwindend klein, daß sie kaum rechnet. Zudem fehlt es ihnen doch auch an den Fähigkeiten, die einzelnen Ministerstellen. Wer die unabhängige Presse liest, findet täglich längere Artikel, in denen in großen Worten hervorgehoben wird, wie man in Frankreich eine Regierung aus Unabhängigen begründen würde. Solche Mittelungen können doch nur einen propagandistischen Zweck verfolgen. Es man sich wirklich einbildet, unser Volk, das den radikalen Machtstreben widerstrebt, damit zu gewinnen? Fast will es so scheinen. Aber im Volke herrscht doch noch ein wenig mehr politische Weisheit, als bei den Unabhängigen, die in ihrer Einfeld nicht einsehen wollen, daß es den Franzosen zunächst gleichgültig sein kann, wer in Deutschland regiert, ob Scheidemann oder Daage, wenn man nur keinen Widerstand findet. Die jetzige Regierung konnte den Frieden nicht unterzeichnen, weil sie zu ehrlich war, um unserem Volke Schmach und Leid anzutun. Ganz begreiflich daher, wenn sie den französischen Staatsmännern nicht besonders sympathisch ist. Den Unabhängigen aber scheint dies Gefühl verloren gegangen, sonst könnten sie nicht immer lauter nach Unterzeichnung und Gutheißung des Vertrages rufen, gleichgültig wie die Bedingungen lauten, und ob sie überhaupt zu ertragen sind. Was man dem Volke einredet von einer bevorstehenden Weltrevolution und baldiger Revision des Vertrages, beruht auf Illusion. Man bilde sich doch nicht ein, daß die französischen Sozialisten dem deutschen Volke zuliebe revolutionieren und damit auf alle Annehmlichkeiten des Ententefriedens verzichten würden. Die Sympathie der Völker reicht immer nur so weit, wie die eigenen Vorteile gehen. Unser Volk aber mühte es einmal schwer bereuen, wenn es sich von den Sirenenklängen der Unabhängigen betören ließe.

Berufssolidarität und Klassenegoismus.

Wenn bei uns das Gewerkschaftsleben der Arbeiter sich auch in verschiedenen Richtungen betätigt, so sind diese doch Zeugen einer Tatsache gewesen, nämlich, daß in

Deutschland in den Gewerkschaften das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Arbeiter als Stand und Beruf vor dem Streik am stärksten entwickelt war. Von diesem guten Gefühl der Solidarität ist allerdings wenig mehr zu verspüren in der Art und Weise, wie zum Beispiel einige Gruppen der Arbeiterkassen ohne Rücksicht auf die Folgen, welche ihr Vorgehen auch für die Arbeiter anderer Gewerbe unbedingt nach sich ziehen mußte, durch häufige wilde Lohnbewegungen, und Arbeitseinstellungen die Gemeinnützigkeit ihres Gewerbes für sich ausgenützt haben.

Der beachtete Artikel auf dem Koblenzmarkt im letzten halben Jahre war die Kohle, das Brot der Industrie. Als die Kohle aus dem Felde heimkehrte und es galt, für diese Arbeit und Verdienst zu schaffen, die Industrie allwärts wieder in Betrieb zu bringen, die Landwirtschaft vor allem auch gehörig wieder mit Düngemitteln zu versorgen, um Lebensmittel zu erschwingbaren Preisen erzeugen zu können, da begann die Kohle — zu streiken. Die Folge davon war, daß auch andere Betriebe die Maschinen stilllegen mußten, daß die hier ohnehin schon knappen und gegen selber verringerte Erzeugung noch mehr sich verminderte. Dafür ein sehr lehrreiches Beispiel: Als die Kohle aus dem Feld und Arbeitsunlust und Arbeitsstörungen vom Ruhrgebiet, von Mittelhessen und Oberhessen auch auf andere Industrie und Bezirke übergriffen, da zeigten sich auch hier sehr Produktionsrückgänge auf der ganzen Linie. Im deutlichen traten sie in der Eisen- und Stahlindustrie in die Erscheinung. Im Januar 1919 wurde nur mehr ein Viertel der Menge an Roheisen — genau 25,1 Prozent — gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1913 erzeugt. Der Rückgang bei Anthon und in der Erzeugung der Walzwerke betrug bei beiden Zeitabschnitten fast 70 Prozent, genau 69,6 Prozent. Nicht weniger auffällig waren die Rückgänge in der Erzeugung in der chemischen Industrie. Bei Thomasmehl betrug der Anfall Januar 1919 gegen Januar 1918 67 Prozent, bei Stahl 85 Prozent, bei Superphosphat 1918 gegen 1913/14 70 Prozent. Auch die Erzeugung von Nematron und Soda ist gegenüber 1918 im Januar 1919 um 70 Prozent zurückgegangen.

Die Folge der Produktionsausfälle in der chemischen Industrie ist gewesen, daß im Frühjahr unsere Landwirtschaft nicht in der Lage mit Düngemitteln hat versorgt werden können, wie dies sonst an sich wohl möglich und wünschenswert gewesen wäre. Wir werden demnach auch in der kommenden Ernteperiode mit geringeren Erträgen rechnen müssen. Insbesondere auch in der Zuckerindustrie. Gegen 1912/13 hat sich hier die Menge der verarbeiteten Rüben um fast die Hälfte (45%) verringert. Das muß auch in der kommenden Zuckererntezeit der Heimat in die Erscheinung treten. Abgesehen davon ist der starke Zuckerernteausfall auch deshalb ein Schicksal, der uns im Augenblick hart trifft, weil wir sonst ein Zuckerüberschussland waren und in einer Zuckerexport nach dem Auslande, vor allem nach England hin, ein wertvolles Zahlungsmittel zur Beschaffung von Rohstoffen gehabt hätten. Ist es endlich nicht überaus bezeichnend, daß auch die Fischerei keinen hinreichenden Ertrag liefern konnte, weil der stehendenmangel an Ausrüstungen der Fischdampfer und eine Fortsetzung der Minenräumungsarbeiten verhinderte?

Als der Streik sich seinem Ende nahte, da mußte es unser eifriges Bewußtsein sein, nachdem alle Warenlager leer geworden waren, wieder Waren zu beschaffen und in möglichst kurzer Frist. Auf diese Weise war am ehesten zu erreichen, daß die Preise sanken oder wenigstens für die notwendigen Lebens- und Gebrauchsmittel erschwinglich wurden. Durch die Arbeitsstörungen, die eine Ausfuhr von Kohle und Stahl unmöglich machten und die ohnehin geringen Kredite Deutschlands im Auslande noch mehr schwächten, sind nach dem Zeugnis des sozialistischen Ernährungswissenschaftlers Schmid die Lebensmittelpreise noch mehr in die

Höhe gegangen. Wer wird davon am schwersten getroffen? Sind es nicht die Millionen von Arbeitern und deren Familien, die es nicht so leicht haben wie andere, einfach zu streiken, die Lohnschranke anzudrehen und — klassenegoistisch immer bloß an sich zu denken? Wo ist die Berufssolidarität geblieben, auf die Deutschlands Arbeiterkassen einst so stolz sein konnten?

Geldmenge und Geldwertung.

Es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen der Preisgestaltung und der Menge umlaufender Zahlungsmittel. Wächst die Menge der Zahlungsmittel über das Maß hinaus, das durch den nationalen Güterantausch erforderlich wird, so entsteht eine künstliche Aufblähung des Geldmarktes, eine Erscheinung, die man wissenschaftlich als Inflation bezeichnet. Diese Inflation wird hervorgerufen durch die übermäßige Ausgabe von Papiergeld. In volkswirtschaftlich normalen Zeiten kann von einer eigentlichen Inflation kaum die Rede sein. Denn da sind die papiernen Zahlungsmittel nur der Regulator des Geldbedarfes. Sie werden vermehrt, wenn infolge des Hochganges der Konjunktur die Umsätze steigen. Dann verlangt das Wirtschaftsleben nach größeren Geldmengen, um dem gesteigerten Umsatz gerecht werden zu können. Die Geschäftswelt erhält gegen ihre Wechsel das Geld wieder eingelöst und das Geld wandert auf diese Weise wieder zurück an die Notenbanken. Wenn der Landverkehr wieder abebbt, dann sind weniger Zahlungsmittel nötig, es werden dann auch weniger Geldnoten von den Notenbanken verlangt. So regelt sich die Umlaufmenge nach dem Bedarf gewissermaßen automatisch.

In der Kriegszeit und besonders seit der Revolution ist das wesentlich anders geworden. Da ist vor allem das Reich an die Reichsbank herangetreten und hat von ihr Geld gefordert gegen Wechsel. Mit den Geldscheinen hat es dann seine vertriebenen Gläubiger bezahlt. Die Wechsel kann es aber bloß wieder einlösen, daß heißt das Geld kann es bloß wieder zurückgeben, wenn es selbst entsprechende Geldsummen einnimmt. Die beiden Haupteinnahmequellen für das Reich aber sind die Steuern und die Anleihen. Da die Steuern doch nicht einmal hinreichen, die laufenden Ausgaben des Reiches zu decken, so gibt nur die Begebung von neuen Anleihen die Möglichkeit, die geliehenen Geldsummen wieder zurückzuführen und so die Geldmenge auf das tatsächlich notwendige Maß zurückzuführen. Vorausgesetzt, daß durch die Anleihen so große Summen hereinkommen, als man zur Einlösung der geliehenen Geldsummen braucht. Wenn auch dieser Weg verläßt, so bleibt nur die Möglichkeit einer ganz großen einmaligen Steuer.

Nun sind schon während des Krieges bei weitem nicht alle Summen, die das Reich brauchte, durch Anleihen aufgebracht worden. Eine sehr starke Vermehrung des Papiergeldumlaufes war die Folge. Seit der Revolution wurden dann Milliarden und Milliarden an neuem Papiergeld ausgegeben. Die Notenpresse war der Geldgeber für die Revolutionsregierung. Vom 11. November bis zum März wurden mehr als 15 Milliarden Mark neue Geldscheine in Umlauf gesetzt worden sein. Die Inflation ist damit ungebremst geworden. Ihre Rückwirkung auf die Teuerung zeigt sich denn auch mit aller Schärfe.

Wenn noch vor Jahresfrist einzelne Stimmen laut wurden, welche entgegen der alten nationalökonomischen Lehre die Rückwirkung der Geldmenge auf die Preisbildung in Frage kommen wollten, so werden sie jetzt wohl still geworden sein. Die Tatsachen reden eine zu laute Sprache. Gewiß ist Warenknappheit der Hauptgrund für hohe Preise. Aber die Art von Geldzeichen, die Teuerung noch ungenügend trägt zu einer weiteren Entwertung des Geldes bei. Die Tatsache, daß Geld mehr als doppelt so viel Wert hat als Papiergeld, ist der Ausdruck dafür, wie weit die Entwertung des Papiergeldes durch die Uebererzeugung von solchem vorgeschritten ist. Auch die hohen Preise der

Durch schwere Not . . .

Originalroman von Anni Gruschka

(42. Fortsetzung.)

Anneliese hatte nachher oft heimlich gestaunt über die Selbstverständlichkeit, mit der sie Pernitz gegenüber Gedanken aussprach, die sie sonst höchstens in ihren Briefen an Wilfried berührte. Gestaut hatte sie auch darüber, wie er sie verstand und wie er ihr Interesse für bisher fernliegende Dinge zu wecken wußte.

So war sie zuerst heimlich außer sich gewesen, als die vielen Sandwerker nach Ehrenhofen kamen, um den so föhlich verwunderten Park und all die malerischen Schauhäufigkeiten des Schlosses „inhand“ zu legen.

„Ein Zimmer ist es, der ganze Märchenzauber wird dabei zerstört werden!“ flügelte sie der alten Seideriden, die ziemlich verständnislos zu dieser Aussage dreinblickte. Pernitz aber verstand. Und mit ein paar Worten zerstreute er lächelnd Annelieses Ängste, indem er ihren Sinn und Kunstgewerbe öffnete.

„Es wird ja nichts zerstört, sondern nur wiederhergestellt. Nichts Neues wird geschaffen, nur das Alte mit liebevoll schonender Hand wieder ans Tageslicht gehoben.“

Später sah sie es dann selbst: Der „Märchenzauber“ blieb. Denn kein Stein wurde verrückt, keiner der herrlichen alten Bäume gefällt, kein neuer Ziegel aufs Dach, keine störende Farbe auf die alten ehrwürdigen Mauern gelegt. Nur die Schäden schwanden und heller, lustiger, wohllicher wurde alles.

Ganz unmerklich wurde aus einer Kumpfkammer wieder die alte schöne Kavelle mit bunten Spitzbogenfenstern, gezeichneten Eborstühlen und wunderbar nachgedul-

ten Heiligenbildern. Das halbverfallene Glashaus hob sein Dach und beherbergte wieder Palmen und allerlei seltsame Blumen. Die Pracht der ausländischen Koniferen und Baumgruppen im Park aber sah man erst jetzt so recht, nachdem das sie unklammernde Unkraut entfernt worden war.

Rechtlich war es in der Bibliothek, die früher ein in Staub versunkener unwirtlicher Raum gewesen war. Pernitz hatte die alten, von zerklüftem Sand umrahmten Deckengemälde reinigen und die zum Teil sehr wertvollen Bücherstücke wieder sauber in Regal und Glas auf die geordneten Regale stellen lassen. Nichts sollte ein junger Philologe kommen und alles ordnen.

Einstmal gab Pernitz Anneliese ein kleines altertümlich aussehendes Buch.

„Die Familiengeschichte der Pernitz. Mein Vater ließ die Adresse nach dem Original herstellen und ich würde mich freuen wenn Sie eins der selben als Andenken an Ehrenhofen behalten wollten.“ Schwester Elisabeth.

Anneliese dankte gerührt und erfreut. Seitdem lag sie oft in dem kleinen ledergebundenen Buch, das in nüchternem Chronist viel tolle, erschütternde und lustige Schicksale des wilden Geschlechtes enthielt.

Und nicht nur Ehrenhofen wurde ihr dadurch noch interessanter, sondern sie verstand auch das Leben des letzten Pernitz nun viel besser. Dieses Gemisch von Sturm und Drang, Trost, Abenteuerlust und Herzenswärme, dem das Leben in der Fremde eigenartigen Willen und einen Schatz praktischer Mäherheit beigemischt hatte.

So mußte er sein, dieser Nachkomme jügelloser, aber ehrenfester Herrenmänner, kraftvoller und manchmal in Liebe und Wollen leidenschaftlicher Frauen . . .

Als dies zog nun durch Annelieses Kopf, als sie vom

Mosenebege ins Tal hinabblühte. Ja, es würde hart sein, von allem zu scheiden — vielleicht für immer! Denn wenn es Wilfried nicht gelang, seinen Vater mit ihrer Vermählung anzuschließen, dann . . .

„Woran denken Sie so verliert, Schwester Elisabeth?“ frag plötzlich Eberhard Pernitz' Stimme neben ihr. Ueberreicht wandte sie sich ihm zu.

„Sie sind heute nicht wie gewöhnlich um diese Zeit in Gedächtnis, Herr Varen?“

„Ich war dort. Aber nur auf kurze Zeit, um Freund Grenzschäfers Wohl zu sagen. Morgen muß ich nämlich verreisen.“

„Oh? Für lange?“

„Das hängt von den Umständen ab. Ich glaube, ich denkte Ihnen schon einmal an, daß ich auf der Suche nach Verwandten bin, deren Aufenthalt mir unbekannt ist. Nun kommt Dr. Albeber eine Spur gefunden zu haben, die nach Wien weist.“

„Und Sie wollen nun selbst dahin?“

„Ja. Aber Sie haben meine Frage von vorhin noch nicht beantwortet, Schwester Elisabeth.“

„Woran ich dachte? An Eimen, der krank ist und nun bald zurückkehrt in die Heimat.“ antwortete Anneliese offen. Pernitz sah sie forschend an.

„An Eimen, den Sie lieb haben und der Ihnen nahe steht, nicht wahr?“

„Ja.“

Eine kleine Pause trat ein. Dann sagte Pernitz, ohne den Blick von ihr zu wenden: „Und wenn er da ist, werden Sie alles darüber vergessen — Ihre Kranken, Ihre Freunde, dieses arme Ehrenhofen — und werden fortgehen, um vielleicht nie wiederzukommen!“

Liegenschaften, der Keder und Häuser, die trotz des verlorenen Krieges gezahlt werden, ist ein schlagender Beweis für die innere Entwertung des Geldes.

Sollen einigermaßen vernünftige Preise im Wirtschaftsleben wiederkehren, so muß auch mit der ungeheuren Ueberfüllung des Wirtschaftslebens mit geldlichen Umlaufmitteln aufgeräumt werden.

Kundgebung gegen die Völkervernichtung.

Berlin, 8. Juni.

Die Vereinigung der vergewaltigten Völker und der Schutzbund für Grenz- und Auslandsdeutsche veranstalteten am Sonntagabend eine Kundgebung gegen die Völkervernichtung, die sich zu einem internationalen Protest für die Selbstbestimmungsrechte der vergewaltigten Völker und für den Schutz der Minderheiten in allen Ländern gestaltete.

Der erste Redner, Oberst Emerson, führte aus, daß ihm als Amerikaner der Vorstoß für die Dauer der Reden der Ausländer übertragen worden sei, weil er als Bürger der Vereinigten Staaten ein von den Gegenmaßnahmen unbetroffener Ausländer sei.

Mehrere Millionen seiner Landsleute seien jedoch gegen irgendwelche Vergewaltigungen anderer Völker, wie auch aus dem vierzehnten Punkte Wilsons betreffend Selbstbestimmungsrecht aller Völker hervorgegangen.

Auch andere bekannte Amerikaner hätten für dieselbe Sache ihre Stimmen erhoben. Oberst Emerson zitierte dann Fuldas Uebersetzung eines jüngst in Amerika erschienenen Gedichtes, in welchem die geknechteten Völker der Alten Welt, die Indier, Ägypter, Irländer, Bulgaren, Koranen, und auch die Deutschen und Deutschösterreicher, angefordert werden, für ihr Selbstbestimmungsrecht einzutreten.

Woham med Samja-Wei, ein Mitglied der ägyptischen nationalen Partei, berichtete über die Zustände in Ägypten, wo die jetzigen Unruhen auf Zwangsmassnahmen der Engländer gegen die Fellachen zurückzuführen seien.

Am schlimmsten sei in Ägypten empfunden worden, daß Hunderttausende von Fellachen, während des Krieges, von den Engländern zu Arbeitertruppen gemacht, mit der Peitsche gezwungen worden seien, gegen ihre mohammedanischen Glaubensgenossen zu ziehen.

Der Irländer Dr. Chatterton Hill behandelte die Anlehnung der Zionisten gegen die englische Herrschaft in Palästina, wo jetzt die Republik aufgerufen worden sei.

Champs Karanman Wilen, ein Indier, stellte sich vor als Vertreter des zweitgrößten Volkes der Erde, dessen frühere Kulturhöhe und unermeßlicher Reichtum von den Engländern in den Staub getreten worden seien.

Für die Türken und Mohammedaner sprach der türkische Oberst Fuad Karit und der Journalist Arif Djemil.

Zunächst sprach der Scheich Abdurrahman-Wei und der Chinese Chan Kuy Liau, ein Kandidat der Rechte an der Universität Berlin, der sich besonders gegen die Vergewaltigung Chinas durch die Japaner und Franzosen verwahrte.

Für die durch den Versailler Friedensvertrag vergewaltigten Völker der deutschen Kolonien in Afrika sprach Regierungsrat Kemner, der mit General von Lettow-Vorbeck nach Deutschland zurückkehrte.

Elisabeth gab. — Landgerichtsrat Itzchart protestierte in eindrucksvoller Weise gegen die unerhörten Ansprüche der Franzosen auf das Saargebiet, auf das Rheinland und die Pfalz.

Dr. Weyesen gab einen gedrängten Ueberblick über die schleswig-holsteinische Frage. An Stelle des am Erscheinen verhinderten Abgeordneten Dr. Friedrich Naumann sprach Professor Hermann, Mitglied der Nationalversammlung, der flammenden Protest gegen den Landraub im Osten erhob.

Endlich wurde folgende Entschlieung, welche durch Junkpruden an alle Völker geht, angenommen: „Die erste seit Kriegsausbruch tagende internationale Versammlung, besucht von Tausenden von Männern und Frauen, erhebt nach Ansprachen eines Ägypters, Deutschösterreichers, Elsas-Lothringers, Indiers, Irländers, Koranen, Ostmarkdeutschen, Pfälzers, Saar- und Rheinländers, Schleswig-Holsteiners und Flamen stürmischen Einspruch gegen den Gewaltfrieden, der der Welt aufzuzwingen werden soll.“

Zum Heile der Menschheit fordern wir einen Frieden des Rechtes und der Verständigung, um der Völkervernichtung die Bahn zu ebnen. Die Friedensbedingungen über das Selbstbestimmungsrecht sind ein Sohn auf den Geist der Wilson-Grundsätze. Wir fordern das Recht unbefangener Selbstbestimmung für alle vergewaltigten Völker und Völkerteile und wirklichen Schutz der Minderheiten in allen Ländern der Welt.

57. Generalversammlung des Unitasverbandes.

Vom 10. bis 14. Juni hält der Verband der Wissenschaftlichen Katholischen Studentenvereine Unitas seine 57. Generalversammlung ab. Der Verband wird einige neu entstandene Unitasvereine aufnehmen haben: Die Unitas-Rheinland-Pfalz, die sich durch Teilung der Unitas-Sali bildete.

Die Unitas-Sachsen, die an der neuen Universität als zeitlich erster Studentenverein auftrat. Der W. A. Studentenverein Unitas-Wien steht vor seiner Publikation. Die Generalversammlung wird außerdem das Aufnahmezeugnis eines katholischen Studentenvereins und eines mit ihm verbundenen Studentenzirkels zu beraten haben.

Die Frankfurter Tagung wird für die Zukunftsentwicklung der Unitas von entscheidender Bedeutung sein, da die Vereine gewillt sind, einen wichtigen Schritt zur Neuorientierung zu tun. Dementsprechend sollen die Folgerungen aus der gegenwärtigen ersten Lage gezogen werden.

Es ist beantragt, die soziale und charitative Tätigkeit zum Prinzip des Unitasverbandes zu erheben. Ein Sport- und Wanderparagraf soll den Forderungen nach neuzeitlicher Körper- und Geistespflege Rechnung tragen. Die wissenschaftlichen Vorträge sollen durch Diskussionsabende, Exkursionen, Besichtigungen ergänzt werden.

Die Erziehung zu selbständigem Handeln und Denken, zum geistigen Verarbeiten sozialer, politischer, künstlerischer Erlebnisse ist das Ziel. Das Fachstudium soll künftig als Erziehungsgemeinschaft aufgefaßt werden. Die Achtung der sittlichen Persönlichkeit, der individuellen Eigenart ist die Grundlage aller Jugenderziehung.

Diese Auffassung macht sich auch in der beantragten Reform der Jurisprudenzprüfung geltend. Gegenüber Anträge und Kommentar soll der Verband größere Freizügigkeit walten lassen. Den einzelnen Vereinen wird danach die Stellung zu Anträge und Kommentar freigegeben.

Die Verfassung des Verbandes soll sich künftig auf die Studenten- und Altherrenvereine stützen. Letztere werden mit den Altherrenzirkeln zum Altherrenbunde vereinigt, der als neue unitarische Organisation ins Leben tritt. Die Satzungen der Al-Bereine und des Altherrenbundes werden der Generalversammlung unterbreitet.

Ein weitere Neueinrichtung ist der beantragte Chargiertenfond, der jährlich bei Gelegenheit der Generalversammlung zusammentritt. Die Satzungen der Unitas-Stellensermittlung müssen durchberaten werden, ebenso das Unitarische Büchervermittlungsamt.

Ein Antrag dringt auf die Stellungnahme des Unitasverbandes zu wichtigen öffentlichen, besonders akademischen Ereignissen, zu bedeutungsvollen Organisationen.

So wird sich der Unitasverband mit dem Akademischen Hilfsbund, dem Reichsausschuß akademischer Berufsstände befassen, bei denen er seine Vertretung neu regeln wird.

Der Unitasverband wird sein Verhältnis zu den ihm nahestehenden Verbänden besprechen. Er wird vor allem auch über die katholische Missionsbewegung, über die Bestrebungen der Akademischen Donatus-Bewegung, des Akademikerverbandes zur Pflege der katholischen Weltanschauung und des Bühnenvolksbundes eine Aussprache herbeiführen.

(Das Referat über akademische Missionsaufgaben hat Universitätsprofessor Schmidlin übernommen.) Ganz besonders wird sich der Unitasverband mit der Frage der katholischen studentischen Gemeinschaftsbildung im Anschluß an die nach Fulda einberufene katholische Akademikerkonferenz auseinandersetzen haben.

Die mehrfach verlagten Anträge auf zeitliche Ausgestaltung des Verbandsorgans und auf Anstellung eines Verbandssekretärs gelangen diesmal zur Entscheidung. — So ist für die 57. Generalversammlung ein überreiches Programm aufgestellt. Möchte es ihr gelingen, dem katholischen studentischen Gedanken neuen Boden zu gewinnen!

Literatur

Hochland. Monatschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst. Herausgegeben von Prof. Karl Müll. Hof. Köstliche Buchhandlung, Kempten und München. Vierteljährlich 6 Mark.

Es braucht schier übermenschlichen Glauben, um das Meer von Hah und Entfremdung zu betreten, das jetzt zwischen den Völkern wagt. Gleichwohl gilt es: Heraus aus der nationalitätlichen Enge des Schiffes und hin zu Christus, der dort über die Fluten schreiet, auf daß in ihm die Menschheit sich selbst wiederfinde.

Solcher Geist erfüllt den in die vorwärtsstrebende Frage: „... und wir Katholiken?“ gekleideten Appell an Gewissen und guten Willen der Glaubensgenossen unter den äußeren Feinden, womit das „Hochland“ beginnt. — Von Bruno Altmann wird sodann der hellgehaltene innere Feind, „Der Bourgeois“, im Spiegel Sombart'schen Schilfs gezeigt, der Vertreter des kapitalistischen Gedankens von den stolenden Ansängen bis zu der brutal in sich geschlossenen Macht, wie sie unsere Tage beherrscht.

— Unten Prof. Dr. Anton Ebraut führt seine Gedanken über „Die überweltliche Frage“ weiter durch die neuere und neueste Zeit und schließt sie ab mit dem fröhlichen Bekenntnis zum großen Deutschen Reich, während Richard Schmalz die Frage „Anschluß an Deutschland?“ nicht äußerlich durch staatlich-nationale Vereinigung, sondern innerlich im Sinne von Deutschtum gelöst wissen will.

— „Die Krise der Universität“ sucht in einem heiteren Vortrag Doktor Albertus an der Wurzel zu fassen, und eben dieser Reformfrage gilt ein Rundschauartikel W. Matz „Von der neuen Hochschule“. Am übrigen dringt das Best neben der Fortsetzung des Romans „Der Erbe“ von Armin Coar und der Kritik neuer Romane in Reihe zeitgemäher Artikel zur Geschichte, Literatur und Kunst.

Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Vortragskizzen

Im Auftrage des Aktionskomitees des kath. Klerus zu Breslau herausgegeben von Dr. J. Nogwor, Dr. W. Otto und Dr. F. X. Soppell.

Bisher sind erschienen: Heft 1: Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Von Dr. Otto. Heft 2: Das Problem der Trennung von Staat und Kirche und die Stellung der deutschen Katholiken zu demselben. Von Professor Dr. F. X. Soppell.

Heft 3: Trennung von Schule und Kirche? Von Dr. Nogwor. Heft 4: Vorsehung und Völkerschicksale. Von P. Otto Gohaus S. J. Heft 5/6: Grundrissliches zum Programm des Zentrums als einer christlich-demokratischen Volkspartei. Von Dr. G. Schullemann. Heft 7: Freiheit für unsere Orden. Von Konfistorialassessor Dr. Oskar Pollak.

Preis jeden Heftes 50 Pfg., portofrei zugesandt 55 Pfg., des Doppelheftes 1/2 1 Mk., portofrei 1 Mk. 10 Pfg.

Sämtliche Hefte sind durch die Geschäftsstelle der „Sächs. Volkszeitung“ zu beziehen u. bitten wir um Bestellung nach Goldinstr. 46.

„Eine unnötige Sorge! Ich habe unsere Beziehungen nie anders aufgefaßt als eben in dieser Weise.“ „Ich danke Ihnen dafür, Schwester Elisabeth! Und nun, wo Sie wissen, daß ein Schlag mir Ihr Fortgehen wäre — wie denken Sie über meinen Vorschlag? Wollen Sie Ihren Herrn Gemahl nach Ehrenhofen bringen?“

„Er ist leider unausführbar,“ sagte Anneliese ernst. „Aus Gründen, die ich Ihnen trotz alles Vertrauens nicht mitteilen kann.“ „Sie überlassen mich also einfach meinem Schicksal?“ murmelte er bitter. Aber Anneliese fuhr herzlich fort: „Ich hoffe, Freundschaft ist nicht an einen bestimmten Ort gebunden. Wenn ich Graditich verlasse, gehe ich auch nach Wien. Und dort werde ich mich stets von Herzen freuen, wenn Sie auf ein Blaudentüschchen kommen, Baron Pernis.“

„Wirklich? Sie versprechen mir das?“ „Aber gewiß! Auch mein Mann wird sich herzlich freuen, Sie kennen zu lernen, denn ich schrieb ihm ja schon oft von Ihnen!“ „Und ist er nicht eifersüchtig auf mich alten Mann?“ „Rein.“ Ein süßes, schelmisches Lächeln glitt wie Sonnenschein über Annelieses Gesicht. Wie sollte er denn, wo er weiß, wie sehr ich ihn liebe? Als Anneliese später am Heimweg war, sah sie plötzlich vor sich eine schlank Gestalt in Offiziersuniform und erkannte Willened. Er schloß sich ihr an, obwohl sie eigentlich heute lieber allein gegangen wäre. Inzwischen blieb die Unterhaltung anfangs ziemlich einseitig, denn auch Willened schien mehr mit seinen eigenen Gedanken beschäftigt. Herzstreu vernahm er von Willfrieds Erkrankung und seiner dadurch wahrscheinlich gewordenen Rückkehr.

Anneliese nicht wie im Traum.

„Ja, das ist wohl möglich,“ sagte sie traurig, „daß ich nie wiederkehre. Aber vergessen werde ich darum nicht. Hat doch alles in mir hier Wurzel geschlagen, so daß es sein wird, als ließe ich die Heimat hinter mir, wenn ich gehe.“

Pernis wandte sich ab und ging in stummer Erregung ein paar mal auf und nieder. Der Gedanke, Schwester Elisabeth könnte wirklich für immer aus seinem Gesichtskreis verschwinden, traf ihn wie ein Blitz aus heiterem Himmel.

Es war das erstmal, daß sie so weit auf persönliches Gebiet kamen. Das erstmal, daß er Fragen stellte, und den brennenden Wunsch hatte, mehr von ihren Verhältnissen zu erfahren. „Alles womöglich...“

Er blieb vor ihr stehen. „Müssen Sie denn fort... wenn Sie sich wirklich heimisch und zufrieden hier fühlen, Schwester Elisabeth? Ist Ihnen jener Kranke so teuer?“ Und Anneliese antwortete ohne Zögern, was sie sonst keinem Menschen geantwortet hätte: „Ja, er ist mir teurer als alles sonst auf Erden, denn er ist mein Gatte!“

Sie hatte nicht das Gefühl, ihr Geheimnis preiszugeben. Sie empfand es nur als Unmöglichkeit, diesen klaren, ehrlichen Augen gegenüber eine Lüge auszusprechen. Pernis starrte sie einen Augenblick lang betroffen an. Dann holte er tief Atem. „Sie sind verheiratet? Ich hielt Sie stets für ein Mädchen. Aber das ist gut! Dann können Sie Ihren Gatten doch hierher bringen und wir wollen ihn gemeinsam gepflegen. Alles soll geschehen, wie Sie es wünschen, nur gehen Sie nicht fort!“

Elisabeth. Es ist weder Liebe noch sonst ein Gefühl, dessen Sie sich zu schämen hätten, was ich für Sie empfinde, sondern bloß das reinste aller menschlichen Gefühle: Wunschlose Freundschaft. Schon als ich Sie das erstmal erblickte, empfand ich sie kraft jener geheimnisvollen inneren Stimmung, die gleich angelegte Seelen so schnell vertraut macht.

Schon damals wußte ich: es ist nicht Liebe. Aber es wäre wohl Liebe gewesen, wenn ich Ihnen vor 20 Jahren begegnet wäre und kein Altersunterschied uns getrennt hätte! Vielleicht ist es besser so. Denn Liebe ist meist auch Kampf. Ich aber liebe den Frieden... „Wozu lagen Sie mir dies alles?“

„Weil ich möchte, daß unsere Beziehungen ganz klar vor Ihnen liegen. Weil ich möchte, Sie begreifen, was mir der Umgang mit Ihnen — nein, Ihre bloße Nähe — bedeutet. Es ist die Harmonie, nach der ich in meinem stürmischen Leben vergeblich suchte. Das Gefühl: Sie können Sie dich geben, wie du bist, ohne fürchten zu müssen, mißverstanden zu werden. Hier ist ein Mensch ohne Falch, dessen Herz warm und einfach geblieben ist im Kampfe ums Dasein und darum, ohne es zu wissen, Frieden um sich verbreitet. Ich brachte nicht viel mit Ihnen zu sprechen, Schwester Elisabeth. Es genügte, Sie da zu wissen. Vielleicht erscheint Ihnen dies überspannt...“

„Rein, Baron Pernis, denn auch ich empfand ähnliches, wenn auch nicht so stark ausgeprägt...“ „Begreiflich. Sie sind jung und haben einen liebsten. Ich habe niemand. Wenn ich Ihnen übrigens bis heute ängstlich zu verbergen suchte, welche Freude mir Ihre Nähe bedeutet, so war es nur die Angst, Sie könnten in diesem einen Falle doch nicht das richtige Verständnis für die Art meiner Empfindungen haben und sie nach dem Durchschnittsmaß messen!“